

**Protokoll der Pressekonferenz  
im Anschluss an die Zentralbankratssitzung  
der Deutschen Bundesbank  
am 28. Juni 2001  
- nach Bandaufnahme -**

Bundesbankpräsident Ernst Welteke

Im Mittelpunkt der Zentralbankratssitzung stand zunächst ein Bericht des Präsidenten über die Diskussion der Geldpolitik im EZB-Rat. Die Ergebnisse der letzten EZB-Ratssitzung in Dublin, die Leitzinssätze unverändert zu lassen, sind Ihnen schon bekannt. Und natürlich diskutieren wir auch den Ausblick der wirtschaftlichen Entwicklung. Daneben stehen mehrere technische Fragen auf der Tagesordnung: Ausstattung mit Banknoten, Errichtung eines neuen Projektes „Bundesbank-Extranet“, Änderung und Erweiterung bankstatistischer Meldepflichten, Informationsverfahren über Baumaßnahmen, Ergebnisberichte aus einer Arbeitsgruppe, die sich mit der EDV-Struktur der Deutschen Bundesbank befasst. Und natürlich spielen gegenwärtig auch immer die beiden Gesetzesvorhaben eine Rolle bei unseren Diskussionen. So befasst sich heute der Finanzausschuss des Bundesrates erstmals mit dem Gesetzentwurf zur Bundesbankstrukturreform.

Das **internationale Umfeld** ist derzeit von erheblichen Unsicherheiten gekennzeichnet. In **Amerika** hat sich das Wachstum weiter stark abgeschwächt. Die jüngste Reaktion darauf konnten wir heute den Medien entnehmen. Das bedeutet auf der anderen Seite auch, dass Wirtschaftsdaten dort eher ungünstiger geworden sind und die Industrieproduktion weiter zurückgeht. Wann, trotz erheblicher Zinssenkungen im Laufe des Jahres in den USA eine konjunkturelle Wende eintritt, ist unklar.

In **Japan** hält der Abschwung vor dem Hintergrund eines sinkenden Exportwachstums und eines schwachen Konsums an.

Bisher galt eigentlich innerhalb der drei großen Wirtschaftsregionen der Euroraum als robuste Wachstumszone, aber auch der Euroraum konnte sich von der weltwirtschaftlichen Eintrübung nicht abkoppeln.

Das BIP-Wachstum in der Euro-Zone ist im 1. Quartal 2001 auf saisonbereinigt 0,5 % gegenüber dem 4. Quartal 2000 gesunken. Industrieproduktion und Kapazitätsauslastung sind tendenziell rückläufig. Die Stimmung bei Produzenten und Konsumenten hat sich zuletzt deutlich eingetrübt.

Gleichzeitig hat sich der **Preisaufrtrieb** in der jüngsten Zeit unter dem Einfluss der hohen Ölpreise und der Energieprodukte beschleunigt. Die Benzinpreise waren bedingt durch Steuererhöhungen und Nachfragesteigerungen ganz erheblich angestiegen. Schließlich haben die Ernährungskrisen -BSE-Krise sowie die Maul- und Klauenseuche- ebenfalls preisaufrtriebsverstärkend gewirkt.

Im Mai betrug der Anstieg des HVPI im Euroraum 3,4 %. Damit lag er deutlich über der Stabilitätsnorm des Eurosystems, nach der dieser Index auf mittlere Frist nicht über 2 % p. a. ansteigen sollte. Die jüngsten Daten aus einigen Ländern der Bundesrepublik, aber auch aus einigen europäischen Ländern deuten auf einen etwas nachlassenden Preisdruck in diesem Monat hin; in der Bundesrepublik stiegen die Preise nach vorläufigen Daten um 3,1 %. Gegenüber dem Vorjahresmonat stellt dies einen Rückgang dar, aber ob dieser Rückgang eine Trendwende bei der Preisentwicklung signalisiert oder ob Basiseffekte eine wesentliche Rolle spielen, lässt sich im Augenblick noch nicht abschließend beurteilen.

Auf mittlere Sicht, die für die **Geldpolitik** im Vordergrund steht, ist der Inflationsdruck sicherlich geringer geworden. Die Inflationsrisiken nehmen mit der Abschwächung des Wirtschaftswachstums von der Nachfrageseite her ab.

Das Geldmengenwachstum hat sich ebenfalls vom Trend her verlangsamt. Und wenn man die statistischen Verzerrungen bei M3 berücksichtigt, liegt das Geldmengenwachstum unter dem Referenzwert von 4 ½ %.

Die Inflationserwartungen, die sich aus Umfrageergebnissen und Finanzmarktpreisen ergeben, sprechen ebenfalls dafür, dass die Märkte nicht dauerhaft mit hohen Preissteigerungsraten rechnen.

Der **EZB-Rat** hatte deshalb schon am 1. Mai eine vorsichtige Lockerung der Zinsen um 25 Basispunkte beschlossen, aber bisher keinen weiteren Handlungsbedarf gesehen.

Die Zinsen befinden sich auf einem angemessenen Niveau, das die Rückkehr zur Geldwertstabilität ermöglichen sollte und ein kräftigeres Wirtschaftswachstum unterstützt. Insbesondere bei Betrachtung der Realzinsen im langfristigen Vergleich erscheinen die Finanzierungsbedingungen für Investitionen als durchaus positiv.

In einer solch schwierigen Situation zwischen Wachstumsabschwächung und zu hoher Inflationsrate ist eine vorsichtige Haltung angezeigt.

Auf keinen Fall dürfen Zweifel an der Stabilitätsorientierung und der Glaubwürdigkeit der Stabilitätspolitik des EZB-Rats aufkommen.

Die Tarifpartner müssen darauf vertrauen können, dass die Geldpolitik auf Stabilitätskurs bleibt, ansonsten drohen von dieser Seite Preisrisiken. Es ist nicht ganz von der Hand zu weisen, dass in einigen Ländern Zweitrundeneffekte beobachtet werden können und auch in der Bundesrepublik Deutschland müssen wir auf der Hut sein, dass die Tarifabschlüsse auf dem moderaten Niveau der letzten Zeit beibehalten werden. Von dieser Seite dürfen keine Preisgefahren ausgehen.

Deshalb muss die Geldpolitik die laufende Entwicklung der Inlands- und Auslandsnachfrage, der Löhne, der Ölpreise, des Wechselkurses und der Geldmenge weiterhin sorgfältig beobachten.

Die **deutsche Wirtschaft**, die rund ein Drittel zur Wirtschaftsleistung in der EWU beiträgt, befindet sich derzeit nicht zuletzt wegen ihrer ausgeprägten Exportorientierung in einer konjunkturell schwachen Phase.

Nach einer wesentlich von außenwirtschaftlichen Kräften getragenen Periode starken Wachstums im vergangenen Jahr hat sich die Konjunktur in Deutschland seit dem 2. Halbjahr abgekühlt. Auch in den Frühjahrsmonaten dürfte das Verlaufsprofil recht flach gewesen sein. Darauf deuten die rückläufigen Ergebnisse bei den Auftragseingängen und der Industrieproduktion sowie den Vertrauensindikatoren hin. Hinzu kommt die anhaltend ungünstige Lage in der Baubranche. Die ist im wesentlichen -das muss ich gerade an einem Ort wie Dresden betonen- eine Reaktion auf den Aufbau von Überkapazitäten im Zusammenhang mit der Deutschen Einheit. Mit den neuen Bundesländern sind die Aufträge für Wohnungsbau gegenüber dem Vorjahr z. B. um 42 % zurückgegangen. Insgesamt ist in der Bauindustrie die „Minusziffer“ auf Jahresbasis etwas rückläufig, aber ob das schon die Hoffnung rechtfertigt, dass wir im Bausektor den Boden gefunden haben, ist unklar.

Die Wachstumsprognosen für Deutschland sind durchweg niedriger als für den Euroraum. Die Europäische Zentralbank hat vor wenigen Wochen ihre Projektionen veröffentlicht und geht in diesem Jahr von einem Wachstum in der Bundesrepublik von 1,7 % aus. Von dritter Seite wurden die Wachstumsprognosen für den Euroraum und Deutschland in den letzten Wochen weiter nach unten korrigiert.

Ich möchte hier keine weitere Prognose hinzufügen. Wichtiger als die Stelle hinter dem Komma erscheint mir die Frage, ob und wann eine Wiederbelebung der Konjunktur gelingt und wann sie eintritt.

Hier müssen wir zwar konstatieren, dass die Risiken größer geworden sind. Dies gilt z. B. wegen der konjunkturdämpfenden Effekte, die vom internationalen Umfeld und von den höheren Inflationsraten ausgehen. Wo die Menschen mehr für Öl und Energie bezahlen müssen, wird der Effekt der Steuerentlastung kompensiert und es kommt bisher nicht zu einer höheren Konsumnachfrage.

Zur Zuversicht berechtigt vor allem die Kostenlage in den Unternehmen, die auf Grund der tarifpolitischen Vereinbarungen sich weitgehend entspannt darstellen. Ebenso gibt die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft keinen Anlass zur Klage.

Die Entlastungen durch die Steuerreform, wobei bei Rückgang des Preisanstieges wieder mit einer Zunahme der Nachfrage zu rechnen sein sollte, und die Finanzierungsbedingungen sind für die Wirtschaft nach wie vor günstig.

Am **Arbeitsmarkt** wird die Konjunkturabschwächung auch nicht spurlos vorbeigehen. Der Abbau der Arbeitslosigkeit ist nicht weitergegangen. Er ist eher geringer ausgefallen.

Wir haben auch für die **ostdeutsche Wirtschaft** zu konstatieren, dass das reale Bruttoinlandsprodukt in den neuen Bundesländern weniger als in den alten Ländern zugenommen hat. Die Arbeitslosigkeit ist mehr als doppelt so hoch.

Auch hier spielt die schrumpfende Bauwirtschaft die entscheidende Rolle. Die hohe Leerstandsquote im Immobilienbestand lässt in diesem Bereich auch keine kurzfristige Wende erwarten.

Der Instandsetzungs- und Modernisierungsbedarf wird sicherlich weiterhin relativ hoch sein. Außerdem nimmt die Zahl der Haushalte trotz einer abnehmenden Bevölkerungsgröße noch zu. Das hängt damit zusammen, dass sich auch in den neuen Bundesländern der Trend der Anpassung an mehr Singlehaushalte fortsetzt.

Ferner sollte nicht übersehen werden, dass sich das **Verarbeitende Gewerbe** zu einer stabilen Kraft im ostdeutschen Aufbauprozess „hochgearbeitet“ hat. Dies kommt nicht zuletzt mit der tendenziell zunehmenden Exportintensität dieses Wirtschaftsbereichs zum Ausdruck. Das Exportwachstum der Wirtschaft in den neuen Bundesländern lag im vergangenen Jahr deutlich über dem der gesamten Bundesrepublik.

Die fortgesetzte Modernisierung des Kapitalstocks, der noch immer wachsende Unternehmensbestand und die Verbesserungen in der Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte sind ebenfalls Belege dafür, dass der Strukturwandel auch unter schwierigen Bedingungen vorankommt und die marktwirtschaftliche Basis breiter wird.

Wir sehen deshalb auch keinen Anlass, „Schwarzmalerei“ und „Zukunftspessimismus“ zu verbreiten. Dies wäre auch das Letzte, was die neuen Bundesländer gebrauchen könnten.

Vielmehr gilt es, mit realistischem Augenmaß die noch bestehenden Infrastrukturdefizite zu schließen und die verschiedenen Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik im Lichte der bisherigen Erfahrungen kritisch zu überprüfen. Tarifpolitik muss in dem Dienst der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit weiter ganz oben stehen und die Unternehmen müssen sich offensiv auf die Chancen, die die EU-Osterweiterung bringt, einstellen. Wobei wir nicht vergessen dürfen, dass die Osterweiterung hier in der Region auch zu gewissen Ängsten führt, die es noch abzubauen gilt.

Wichtigste Aufgabe der **deutschen Finanzpolitik** ist es, die Haushaltsdefizite abzubauen und damit Spielraum für eine weitere Senkung der Abgabenbelastung zu schaffen. Dies kann nur gelingen, wenn die staatlichen Ausgaben begrenzt werden.

In Deutschland steigt die gesamtstaatliche Defizitquote deutlich an und wird im europäischen Vergleich einen der höchsten Werte aufweisen. Die Ursache hierfür ist zum einen die Steuerentlastung; aber auch die Vereinbarung zum neuen Finanzausgleich und zur weiteren Förderung der neuen Bundesländer werden eher dazu führen, dass die Defizitquote leicht ansteigt.

Es kommt deshalb darauf an, dass die Bundesregierung ihren Kurs der Stabilisierung und der mittelfristigen Finanzplanung durchhält und daneben in „finanzpolitischer Kleinarbeit“ versucht, das aktuelle Defizit zu verringern.

Frage:

Warum wartet der EZB-Rat mit einer Zinssenkung? Herr Duisenberg sagte am Dienstag in München, dass die Geldmenge bereinigt unterhalb des Referenzwertes wächst und dass das Wirtschaftswachstum bzw. die Kapazitätsauslastung nachlässt. Soll so die Lohnpolitik diszipliniert werden? Eine Frage zu den Budgetdefiziten: Hier scheint es, dass die Finanzpolitiker in den EU-Ländern diese Konjunkturschwäche als Argument nutzen, um weniger einzusparen und mit höheren Defiziten zu fahren. Ist ein Konflikt mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt gegeben?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke:

Ich glaube nicht, dass im Augenblick irgendeines der Länder mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt in Konflikt kommt, es sei denn, man geht davon aus, dass der Abbau von strukturellen Defiziten in den öffentlichen Haushalten während der Jahre, in denen die Konjunktur besser verlief, nicht weit genug gegangen ist. Gerade auch in der Bundesrepublik sind wir sehr frühzeitig wieder in einer Situation, in der der Zeitpunkt weiter hinausgeschoben wird, zu dem ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden soll – und das, obwohl der Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht vorsieht, dass man irgendwann einen ausgeglichenen Haushalt vorlegt, sondern dass man im Konjunkturverlauf einen ausgeglichenen Haushalt haben sollte. Von daher stehen wir nach wie vor in vielen Ländern in einem Konflikt mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt. Die Anstrengung, die Defizite abzubauen und den Schuldenanstieg zu bremsen, bleibt nach wie vor bestehen. Zur ersten Frage, worauf der EZB-Rat noch wartet: Alle 14 Tage diskutieren wir die geld- und währungspolitische Lage. Aber in einem Umfeld, das so viele Unsicherheiten verbreitet und in dem der aktuelle Preisanstieg noch so hoch ist wie wir das zuletzt gesehen haben – im Juni war er zwar etwas geringer, aber es ist nicht ganz sicher, ob das schon eine Trendwende darstellt –, ist es schwierig, geldpolitische Entscheidungen zu treffen und zu begründen. Wir werden sicherlich in der nächsten Woche die Situation erneut diskutieren und unsere Entscheidung in der anschließenden Pressekonferenz ausdrücklich begründen.

Frage:

Teilen Sie die Auffassung der großen Wirtschaftsforschungsinstitute, die ihre Wachstumsprognosen zurückgenommen haben, dass das Wachstum zwischen

1,3 % und 1,7 % liegt? Ist es hilfreich, dass die Institute ihre Prognosen so schnell nach unten anpassen, oder wäre es vielleicht ratsamer, den Märkten nicht so schnell die Richtung vorzugeben?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke:

Die Deutsche Bundesbank veröffentlicht traditionell keine eigenen Prognosen für das Wirtschaftswachstum. Dadurch kommt man auch nicht in die Verlegenheit, alle paar Wochen darüber nachzudenken, ob die veröffentlichte Prognose noch stimmt. Die Projektion des EZB-Stabes sieht für die Bundesrepublik ein Wirtschaftswachstum von 1,7 %. Meine persönliche Auffassung ist, dass diese 1,7% zu erreichen sind, wenn alles gut geht. Von unserer Seite sollte darauf hingewiesen werden – vor allen Dingen wegen des bekannten Sprichworts: „Wirtschaft ist in einem großen Umfang auch Psychologie“ –, dass dies immer noch so viel Wachstum wäre, wie wir es im Durchschnitt in den 90er Jahren hatten.

Frage:

Sie selbst haben von einer deutlichen Konjunkturschwäche gesprochen. Gleichzeitig geistert das Wort Rezession durch die Medien. Haben Sie dieses Wort absichtlich vermieden, oder ist es Ihrer Meinung nach einfach unredlich, diese Diskussion anzustoßen?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke:

Ich versuche nicht, für die Zukunft irgendwelche Schlagworte in die Welt zu setzen. Wir hatten im 1. Quartal diesen Jahres 0,4 % Wachstum. Wie das 2. Quartal ausgeht wissen wir noch nicht. Warum soll ich mir schon jetzt ein Urteil bilden über den Verlauf des ganzen Jahres?

Frage:

Und der Hinweis auf die 1,7% Wachstum?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke:

Wenn wir das erreichen, ist es gut.



Frage:

Wie schätzen Sie die aktuelle Wechselkurssituation ein? Die Wertungen des EZB-Präsidenten lauteten, dass es eine zusätzliche Gefahr des Inflationsimports in sich birgt, wenn sich der Wechselkurs hält. Dann meinte er, der Kurs würde sich jetzt erholen. Ist eine Einschätzung überhaupt möglich angesichts der Unsicherheit in der Weltwirtschaft? Welche Risiken sehen Sie für die zweite Säule, wenn der Wechselkurs so bleibt bzw. sich erholt?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke:

Der Wechselkurs ist kein Ziel des EZB-Rates, das betonen wir immer wieder. Die Entwicklung des Wechselkurses spielt eine Rolle bei der zweiten Säule, bei der Betrachtung der möglichen Inflationsentwicklung. Wenn sich der Wechselkurs nach unten entwickelt, dann besteht das Risiko von Importpreiserhöhungen, die sich dann möglicherweise durch die ganze Wertschöpfungskette hindurch bis auf die Verbraucherpreise durchschlagen können. Jetzt erleben wir aber seit längerem einen relativ stabilen Wechselkurs. Vielleicht weist er auch nach oben. Eine besondere Gefährdung für die Inflationsentwicklung dürfte im Augenblick von der Wechselkurssituation eigentlich nicht ausgehen.

Frage:

Halten Sie Konjunkturprogramme angesichts der derzeitigen Rezessionsgefahren für notwendig oder sinnvoll? Von Teilen der Opposition wird dies beinahe schon gefordert.

Bundesbankpräsident Ernst Welteke:

Sie bringen mich in die Verlegenheit, eine politischen Auseinandersetzung zu kommentieren. Sie sollten vergleichen, was diejenigen, die heute solche Vorschläge machen, in der Vergangenheit zu Konjunkturprogrammen gesagt haben.

Frage:

Ich möchte nur eine Feststellung, ob ein Konjunkturprogramm nötig ist, um die Wirtschaft in Deutschland anzukurbeln.

Bundesbankpräsident Ernst Welteke:

Der Zentralbankrat ist mehrheitlich der Auffassung, dass für zusätzliche Konjunkturprogramme nur ein ganz geringer finanzieller Spielraum vorhanden ist, solange wir es noch mit erheblichen Budgetdefiziten und einem Anstieg der öffentlichen Verschuldung zu tun haben. Eine Feinsteuerung der Konjunktur ist mit Konjunkturprogrammen meines Erachtens recht schwierig zu erreichen und sollte deshalb möglichst nicht verfolgt werden. Und schließlich: Wenn wir in diesem Jahr ein Wachstum von 1,7 % erreichen würden, liegen wir damit über dem Durchschnitt der 90er Jahre. Ich glaube, auch von daher ist es sicherlich nicht richtig, mit übertriebenem Aktionismus auf eine Lage zu reagieren, deren weitere Entwicklung man bisher nicht einschätzen kann und nicht kennt.

Frage:

Herr Welteke, ist das die letzte auswärtige Sitzung des ZBR? Rechnen Sie in einem Jahr mit einem schlanken Vorstandsmodell?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke:

Da Sie meine Meinung und unsere Mehrheitsmeinung zu dem Gesetzesvorschlag des Bundesfinanzministers kennen, ist es – vorsichtig formuliert – möglicherweise die letzte auswärtige Sitzung des ZBR. Da wir aber andererseits mehrheitlich der Meinung sind, dass das Gesetz nicht am 1. Januar nächsten Jahres in Kraft treten wird und dann auch nicht in Kraft treten soll, könnte es je nach dem noch nicht die letzte Sitzung des ZBR gewesen sein. Aber wenn Sie nicht auf den ZBR speziell abheben, so ist es keinesfalls die letzte Sitzung außerhalb von Frankfurt, sondern wir werden diese Tradition auf jeden Fall fortsetzen.

Frage:

Wie beurteilen Sie die jüngste Entscheidung des Baseler Ausschusses, dass die neuen Eigenkapitalvorschriften (Basel II) erst im Jahr 2005 in Kraft treten?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke:

Dies ging im Wesentlichen auf unsere Bitten und Anregungen zurück. Ich möchte jedoch davor warnen, sich zurückzulehnen und zu sagen, „Basel II“ wurde verschoben, jetzt können wir wieder die Hände in den Schoß legen.“ Das Jahr, um

das es geht, ist schnell vorbei. Die Arbeiten in den Banken an der Einführung für Basel II sollten auf jeden Fall mit Nachdruck weiter vorangebracht werden.

Edgar Meister, MdD:

Wir begrüßen die Verschiebung ausdrücklich. Die deutsche Seite alleine hätte dies wahrscheinlich nicht geschafft, obwohl wir uns seinerzeit schon um eine Verlängerung der Konsultationsfrist bis zum 31. Mai bemüht hatten. Wir hatten sogar eine europäische Aktion gestartet, leider ohne Unterstützung. Ich denke, dass auch ein Umdenken in der amerikanischen Kreditwirtschaft die Verlängerung ermöglicht hat. Das betrifft große Banken, das betrifft möglicherweise auch die Gesamtlage. Sicher braucht man in Amerika etwas mehr Zeit, um die Kalibrierung so durchführen zu können, dass sie auch in Zeiten der Konjunkturschwankungen keine Nachteile aufweist. Dieser Zeitgewinn sollte daher gut genutzt werden. Unsere Aufgabe wird es sein, auch für Europa eine Regelung zu erreichen, die dafür sorgt, dass dem Mittelstand bzw. kleineren und mittleren Banken durch eine 1:1-Umsetzung keine Nachteile entstehen. Wir werden versuchen, im europäischen Bereich bestimmte Ausnahmenvorschriften zu erreichen, was die Markttransparenz und Veröffentlichungen für europäische bzw. für deutsche Institute angeht. Die Zeit sollte daher gut genutzt werden, um weiter daran zu arbeiten. Das Konzept bleibt bestehen. Wahrscheinlich wird im Februar nächsten Jahres die dritte Konsultationsfrist in Gang gesetzt. Sie wird vielleicht einige Monate laufen, das kann man jetzt noch nicht abschätzen. Es besteht aber Einvernehmen, dass das Inkrafttreten um ein Jahr auf 2005 verschoben wird. Bis Ende Februar 2002 sind wohl alle Lücken inklusive der Frage des operationellen Risikos geschlossen, so dass man dann noch mal auf einer Basis gerechnet hat, die uns mehr Sicherheit gibt, hier eine wirklich gute Lösung zu finden.

Frage:

Herr Meister, es klang eben durch, dass die deutsche Seite es nicht allein geschafft hätte, diese Verlängerung der Konsultationsfristen bzw. des Inkrafttretens zu erreichen. Von wem wurden Sie denn neben den USA noch unterstützt?

Edgar Meister, MdD:

Nachdem die USA offensichtlich auf unsere schon länger geäußerte Vorstellung – aus eigenen Gründen und Überlegungen – diese Position bezogen haben, bedurfte es wohl keiner großen weiteren Unterstützung, weil das zwei entscheidende Partner sind. Soweit ich feststellen konnte, gab es keinen Aspekt, dass man etwas verteidigen wollte, das einfach nicht mehr zu halten war. Deshalb schlossen sich auch sofort die Engländer und alle anderen an. Diese Entscheidung wurde innerhalb von wenigen Tagen getroffen. Das Ergebnis kam auch für uns überraschend, obwohl wir dieses Ziel eigentlich verfolgt hatten, wie Herr Welteke bereits sagte. Jetzt sind wir froh, dass die Amerikaner mitgezogen sind.

Frage:

Sie sagen, dass 1,7% Wachstum in diesem Jahr durchaus Deutschland erreichbar sind. Gleichzeitig sagen viele Leute, dass das Wachstum im 2. Quartal unter 1% beträgt. Was macht Sie so sicher, dass sich das Wachstum im 2. Halbjahr beschleunigt?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke:

Wenn diese 1,7% erreicht werden, können wir zufrieden sein. Es muss noch eine deutliche Steigerung im 2. Halbjahr geben, um sie zu erreichen. Die positiven Signale hängen mit einigen Erwartungs- und Hoffnungswerten zusammen: dass der Preisanstieg vorübergehend ist, dass Nachfrage frei wird, um die Binnennachfrage anzukurbeln, dass die Steuerentlastung wirken kann, dass die Finanzierungsbedingungen der Wirtschaft nach wie vor günstig sind, und vor allen Dingen dass sich das Weltwirtschaftsklima wieder erholt. Das sind, glaube ich, die Hoffnungswerte, die man haben kann, und wenn sie eintreten, wäre es gut.

Frage:

Wir haben aus der Bush-Administration Stimmen gehört, die EZB könne durchaus mehr für die Konjunktur tun. Wie nehmen Sie als jemand, der die Unabhängigkeit der Notenbank hoch schätzt, so etwas auf?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke:

Seit es die EZB bzw. das ESZB gibt, hat es immer wieder viele gute Ratschläge gegeben. Wir nehmen sie alle zur Kenntnis und entscheiden dann in voller Unabhängigkeit im EZB-Rat.

Frage:

Das heißt, Sie nehmen sie alle gleich zur Kenntnis, auch wenn sie von der anderen Seite des Atlantiks kommen?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke:

Es kommt immer auf die Begründung an und wie gewichtig die Argumente und die Ratschläge sind. Es kommt nicht darauf an, wer sie macht.

Frage:

Herr Meister, ich habe noch eine Frage zu Basel II. Ursprünglich war ja geplant, das Regelwerk Anfang 2004 in Kraft treten zu lassen. Sie hatten vorhin beiläufig erwähnt, dass es „um ein Jahr“ verschoben wird. Das wäre dann Anfang 2005. Bedeutet das nicht: im Laufe des Jahres 2005, oder gibt es wirklich Pläne, Basel II im Januar bzw. Februar 2005 in Kraft zu setzen?

Edgar Meister, MdD:

Zur Unterscheidung: Die Konsultationsfrist für ein drittes Papier wird kein Jahr dauern, sondern sie wird vermutlich wesentlich kürzer sein. Das hängt davon ab, wie gut es vorbereitet ist. Wenn bis spätestens zum Jahresende alle offenen Fragen gelöst sind, z.B. Berücksichtigung der Laufzeit der Kredite, ABS-Konstruktionen, Equity und Projektfinanzierung, kann auf dieser Basis eine Kalibrierung stattfinden, die uns mit tragfähigen Ergebnissen mehr Sicherheit gibt, damit wir keinen Blindflug machen. Wenn dies so abläuft, wie ich es geschildert habe, wird die Konsultationsfrist relativ kurz sein können. Es wird kein völlig neues Konzept vorgestellt, das kann man jetzt schon sagen. Die Europäische Kommission hat, soweit uns das bekannt ist, natürlich Interesse daran, die Richtlinien ohne allzu großen Zeitdruck ausarbeiten zu können. Der Kommission kommt eine Verlängerung des Inkrafttretens bis 2005 daher wohl ganz gelegen. Ich gehe davon aus – obwohl

das nicht abschließend entschieden ist –, dass sich der Zeitpunkt des Inkrafttretens tatsächlich um ein Jahr verlängert.

Frage:

Um den privaten Konsum zu stärken, wird jetzt überlegt, ob die nächsten Steuerschritte vorgezogen werden sollten. Was sagen Sie dazu?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke:

Das muss im politischen Raum entschieden und diskutiert werden. Wir als Bundesbank können und wollen dazu keine detaillierte Position beziehen. Aber genau wie bei der Stellungnahme zur Konjunktur kann man nur darauf hinweisen, dass der Spielraum für finanzpolitische Aktionen mit Verweis auf den Stabilitäts- und Wachstumspakt außerordentlich gering ist. Betrachtet man die Steuerquote in der BRD, nicht die Abgabenquote, so liegt diese heute im internationalen Vergleich im Mittelfeld und auch im historischen Vergleich auf einem sehr niedrigen Niveau bzw. deutlich unter dem langfristigen Durchschnitt. Unsere Aufgabe in der Bundesbank kann nicht sein, für oder gegen ein Konjunkturprogramm zu sein, oder für oder gegen eine Vorziehung der Steuerreform. Wir können nur sagen, dass angesichts des Budget-Defizits, der Verschuldungssituation, des bisher noch Nicht-Erreichens der Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts gewisse Bedenken bestehen könnten.

Bundesbank-Vizepräsident Dr. Stark:

Es muss im Grunde genommen um eine Verstetigung der Politik gehen, das heißt um eine mittelfristige Ausrichtung der Politik. Ich glaube, mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt hat man eine Abkehr von früheren Politiken erreicht, nämlich eben diese mittelfristige Orientierung, weg von einer Stop-and-go-Politik. Das ist, glaube ich, ein Grundsatz, den man vertreten sollte.

Frage:

Zum Thema Finanzaufsicht. Sie tragen Ihre Gefechte mit der Bundesregierung aus. Gibt es noch weitere Details, die Ihrer Ansicht nach klärungsbedürftig sind?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke:

Wir führen keine Gefechte mit der Bundesregierung. Wir sind auch nicht Kombattanten. Das Gesetzgebungsverfahren für all diese Gesetze geht durch den Bundesrat und den Deutschen Bundestag. Wir können nur sachlichen Rat geben, und da wird es sicherlich im Laufe des Jahres noch viele Fragen geben, die an uns gerichtet werden.